

17. X. 1915

Die Gewerkschaften zur Lebensmittelteuerung.

4z Berlin, 16. Okt. (Telegr.) Wie der Vorwärts mitteilt, haben die Generalkommission der Gewerkschaften und der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei dem Reichskanzler eine Zuschrift übermittelt, die die allgemeine Preissteigerung zum Gegenstand hat. Darin wird der Ansicht entgegengetreten, daß die Bevölkerung zur Sparsamkeit im Konsum erzogen werden müsse, und dies am ehesten durch hohe Preise geschehen könne. Es sei kein Zweifel möglich, daß infolge der hohen Preise für Fett die Bevölkerung unterernährt sei. Man habe Beweise für die Klagen der Familien der Kriegsteilnehmer. Demgegenüber klinge es wie ein Hohn auf die Lage der ärmern Volksklassen, wenn heute eine Aktiengesellschaft nach der andern ihre hochgesteigerten Gewinne aus der Nahrungsmittelindustrie bekanntgebe. Das sei ein Beweis, wie struppellos die wirtschaftliche Notlage ausgenützt werde und wie dringend notwendig der energische Eingriff des Reiches sei. Die Landwirtschaft habe auf diese hohen Preise für ihre Produkte keinen Anspruch. Es heißt dann weiter:

Die Antwort, welche Ew. Exzellenz dem Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses auf seine Eingabe erteilt hat, läßt zwar die Absicht erkennen, die schwierige Lage, namentlich der unbedeutenden Bevölkerung durch Regelung der Lebensmittelpreise und der Lebensmittelbeschaffung zu mildern. Die bisher ergriffenen Maßnahmen erscheinen aber nicht geeignet, dieses Ziel zu erreichen. Die neuerdings zur Regelung der Kartoffelversorgung berufene Organisation kann auf ihrem besondern Gebiete gewiß mancherlei Gutes schaffen, zu einer wirksamen Bekämpfung des Lebensmittelwuchers wird auch sie nicht imstande sein. Von der größten Wichtigkeit wären nicht nur Preisbestimmungen für Groß- und Kleinhandel, sondern auch für den Produzenten. Die Produzentenpreise sind gegenwärtig viel zu hoch; bei der günstigen Ernte hat die Bevölkerung ein Anrecht auf weit herabgesetzte Kartoffelpreise. Das ist um so notwendiger, als bei der Preislage für alle andern Nahrungsmittel die Kartoffel für die ärmere Bevölkerung zu mäßigen Preisen auf den Markt gelangen muß. Dringend eruchen wir um eine weitere Herabsetzung der Höchstpreise für Kartoffelmehl und Kartoffelpräparate. Die hohen Preise, die heute über den Roggenmehlpreisen stehen, sind keineswegs gerechtfertigt; sie sichern den Unternehmungen nur unerhörte Gewinne. Die hohe Preislage für diese Produkte dient nur zur höhern Bewertung der Fabrikartoffel, und damit wieder zu Preistreiberien für die Eßkartoffel. Wir sind weit entfernt, der Landwirtschaft die höhern Produktionskosten nicht in Anrechnung zu bringen — aber diese Preise gehen weit über berechnete Ansprüche hinaus, sie bedeuten Kriegsgewinne von nicht geringer Art. Dagegen erheben wir Einspruch.

Der Vorwärts bemerkt dazu: „Die Verhältnisse haben sich jetzt derart zugespitzt —, nicht aus Mangel an den notwendigen Nahrungsmitteln, sondern als Folge der gewissenlosesten Spekulation, daß für das ganze Volk die größten Gefahren heraufbeschworen werden, wenn nicht auf die unaufhörlichen »Erwägungen« und Sitzungen verzichtet und endlich zur Tat geschritten wird.“ Auch andere Berliner Blätter enthalten Ausführungen über die gegenwärtig herrschenden Notstände auf dem Gebiet der Volksernährung. Darin wird ebenfalls der schlimme Lebensmittelwucher scharf bekämpft, aber es wird auch der Tatsache Rechnung getragen, daß es z. B. gegenüber dem Mangel an Fettstoffen gelte, sich der durch diese Not gebotenen Einschränkung nach Möglichkeit freiwillig zu unterziehen und bisherige Gewohnheiten, die dem widersprechen, aufzugeben.